

Stadt



Hungen

Vorlage-Nr.: MI-11/2026

Betreff: Berichts Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Umsetzung von Maßnahmen zum Klimaschutz und Klimaresilienz

Anlage(n): Antrag Klimaschutz und Klimaresilienz Fraktion Bündnis 90 Die Grünen

Bereich	Antragsteller	Aktenzeichen	Hungen,
11 Allgemeine Verwaltung	Bündnis`90/Die Grünen		18.08.2026

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtverordnetenversammlung	03.09.2026	öffentlich beschließend

Antrag:

Der Magistrat wird zur Sitzung am 03.09.2026 um Auskunft zu folgenden Fragen zum Stand der Umsetzung von Maßnahmen zum Klimaschutz sowie zur Klimaresilienz durch die Stadt Hungen gebeten.

1. Welche Maßnahmen ergreift die Stadt, die Versorgungssicherheit des Trinkwassers in Qualität und Quantität sicherzustellen, insbesondere im Hinblick auf die sich abzeichnenden Entwicklungen im Zuge des Klimawandels?
2. Wie wird zukünftig der Hochwasserschutz für Villingen und die Kernstadt sowie für das Seegebiet gewährleistet? Welche konkreten Maßnahmen sind hier geplant? Werden aktuell Gespräche mit den Oberlaufanliegern der Horloff geführt, um auch den Schutz für Villingen sicher zu stellen.
3. Wie ist der Sachstand der kommunalen Wärmeplanung?
4. Wie ist der Sachstand zum weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien sowohl im Bereich der Windkraft als auch bei der Photovoltaik? Ist die Stadt Hungen bereits proaktiv auf potentielle Projektierer zum Ausbau von Wind- und Solarenergie zugegangen?
5. 2029 wird der Solarpark „auf der Halde“ ausgebaut. Welche Ideen gibt es für die Folgenutzung des erzeugten Stroms (z. B. Schnellladesäule, Vermarktung des Stroms im Gewerbegebiet, Einsatz von Batteriespeichern zur Vermarktung des PV- Stroms)?
6. Welche weiteren Klimaanpassungsmaßnahmen sind geplant (z. B. Sonnenschutzmaßnahmen in öffentlichen Gebäuden, Klimaanlage in Kindertagesstätten, Bau von Zisternen zur Regenwasserspeicherung sowie zur Bewässerung von Bäumen und Sportstätten). Gibt es im Zusammenhang mit den aktuell vorgesehenen Straßenerneuerungen konkreten Pläne für die Entsiegelung von Flächen und Anpflanzung von Bäumen im öffentlichen Bereich?
7. Wie ist die zukünftige Vorgehensweise zur Umrüstung städtischer Fahrzeuge auf Elektroantrieb?
8. Wann gibt es den nächsten Bericht über die Aktivitäten der Stadt zum Thema Klimaschutz im Rahmen des Beitritts der Charta zur Klimakommune.

9. Für welche konkreten Maßnahmen zum Klimaschutz- bzw. Klimaanpassung wird die Stadt Hungen Mittel aus dem "Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität" bei der WIBank abrufen?

Begründung:

Weite Teile Europas erleben in diesem Sommer eine beispiellose Hitzewelle und Trockenheit. Waldbrände in bisher noch nicht gekanntem Umfang wüten im Süden Europas. Der Rhein wird aufgrund eines historisch niedrigen Wasserstandes voraussichtlich bereits in dieser Woche seine Funktion als durchgängige Nord- Süd- Wasserstraße verlieren. Das Robert- KochInstitut geht von aktuell etwa 11.900 Hitzetoten in Deutschland im bisherigen Verlauf des Sommers 2026 aus.

Auch das Stadtgebiet Hungens ist von diesem gravierenden Klimaereignis betroffen. Sichtbar in den ausgetrockneten Gewässern, insbesondere der Horloff im südlichen Stadtgebiet Hungens. Wald- und landwirtschaftliche Flächen trocknen zunehmend aus. In den Nachbargemeinde Grünberg und Lich wurde bereits der Wassernotstand ausgerufen (Ampelstatus rot).

Alle handelnden Akteure der Stadt Hungen sind daher gefordert, Maßnahmen zur Verringerung des CO₂- Ausstoßes zu ergreifen, sowie Vorkehrungen zu treffen, um das Stadtgebiet deutlich Klimaresilienter aufzustellen.

Die Umsetzung der im o. g. Berichtsantrag formulierten Fragen würden einen ganz wichtigen Beitrag hierzu leisten.

Ergänzend zu den im Berichtsantrag gestellten Fragen möchten wir noch folgendes anmerken:

Zu 1: Versorgungssicherheit Trinkwasser: der aktuelle Hitzesommer verursacht bereits in den Nachbargemeinden Grünberg und Lich eine angespannte Versorgungssituation. Da die Prognosen der Klimaforscher von einer sich weiteren verschärfenden Lage hierzu ausgehen, muss zukünftig verstärkt Vorsorge getroffen werden, die Trinkwasserversorgung im Stadtgebiet Hungen sicher zu stellen.

Zu 2: Hochwasserschutz: Nach dem Willen der neuen Mehrheitsfraktionen von CDU, FVVG und SPD soll das Projekt des geplanten Hochwasserdamms zwischen Hungen und Villingen nicht weiterverfolgt werden. Da in Folge des Klimawandels vermehrt mit Starkregenereignisse gerechnet werden muss, ist es von besonderem Interesse, wie ein schneller und effektiver Hochwasserschutz ohne diese zentrale Maßnahme erfolgen soll.

Zu 3: Sachstand Kommunale Wärmeplanung: Nach dem bundesweitem VVärmeplanungsgesetz (WPG) müssen Städte- und Gemeinden < 100.000 Einwohner einen entsprechenden Plan bis zum 30.06.2028 vorlegen. Für die Vorstellung eines entsprechenden Konzeptes in den städtischen Gremien, einer angemessenen Beteiligung der betroffenen Bürger:innen, sowie der Beantragung von Fördermitteln drängt die Zeit.

Zu 4: Ausbau Erneuerbare Energien: die Anfang 2026 verabschiedeten Potentialflächenanalyse enthält mindestens zwei relevante Flächen jeweils für Wind und Solarenergie. Weiterhin bestehen günstige Bedingungen für den Netzanschluss durch das vorhandene Umspannwerk in Hungen.

Zu 5: Ausförderung des Solarparks „auf der Halde“: Hier besteht bis 2029 ebenfalls ein enges Zeitfenster, um Vorbereitungen zur eigenwirtschaftlichen Nachnutzung zu treffen.

Zu 6: Klimaanpassungsmaßnahmen: Bisher sind keine wesentlichen Aktionen der Stadt hierzu sichtbar. Bei den in 2025/2026 realisierten Straßenerneuerungen in Langd (Taunusstraße) und Villingen (Königsstraße) sind solche Maßnahmen vollständig unterblieben.

Zu 7: Umrüstung städtischer Fahrzeuge auf Elektroantrieb: im Rahmen der Antriebswende entsteht ein deutlich zunehmender Markt für LKW und Kleinlaster. Dieser Entwicklung sollte sich die Stadt zunutze machen.

Zu 8: Bericht der Stadt im Rahmen der Rolle der Stadt Hungen als Klimakommune: wir bitten um einen aktuellen Sachstandsbericht zu dem im November 2017 beschlossenen Aktionsplan für Klimaschutz in Hungen.

Zu 9: Förderung von Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Klimaresilienz: Seit dem 24. Juni können hessische Kommunen die Mittel aus dem „Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität“ des Bundes (LuKIFG) bei der WI Bank abrufen.

Diese Mittel können für Infrastrukturinvestitionen in acht Bereichen verwendet werden: 1. Gesundheit und Pflege, 2. Mobilität (Verkehrsinfrastruktur) sowie Wohnungs- und Städtebau, 3. Digitales, 4. Bildungsinfrastruktur, 5. Betreuungsinfrastruktur, 6. Technische Infrastruktur, 7. Bevölkerungsschutz (Sicherheit/ Katastrophenschutz/ Feuerwehr) und 8. Sportinfrastruktur. Das bedeutet, dass in diesen Bereichen auch Investitionen in Klimaschutz- bzw. Klimaanpassung möglich sind. Die Kommunen können die Mittel zu 100 % für die Investition nutzen, auch für Projekte die nach dem 01.01.2025 gestartet sind.